Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Leipzig. Laden & Comp., Nr. 20613.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Abonnementspreis einschließlich Bringerlohn monatlich 2.75 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 8.25 M., unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 12.00 M.
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 9gespaltene Nonpareillezeile 1.20 M., Familienanzeigen 1.00 M., die 3gespaltene Reklamezeile 4.80 M., einschließlich Inseratensteuer. Bei mehrmaliger Aufgabe Rabatt. Inserate sind im voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Briefniederlegung 20 Pf.

Nr. 65 | Dresden, Freitag den 19. März 1920 | 31. Jahrg.

Bestrafung der Hochverräter

Festigkeit!

Die Nationalversammlung in Stuttgart hat gesprochen. Präsident Fehrenbach konnte zum Schluß „die einmütige Verurteilung des Putsches durch alle Parteien" feststellen. Eine charakteristische Abschwächung erfährt diese Erklärung nur durch die Rede des Deutschnationalen Kraut, der die Berliner Hochverräter in Schutz zu nehmen suchte. Und der Vertreter der Deutschen Volkspartei, Dr. Becker, bemühte sich, für die Verbrecher mildernde Umstände herauszuschinden, indem er die Regierung Ebert-Bauer anklagte. Das konterrevolutionäre Gesicht der beiden Rechtsparteien hat sich also auch in Stuttgart enthüllt, was für den Wahlkampf besonders wertvoll ist und besonders vorgemerkt werden soll.

Der Volksparteiler Becker machte sich insofern einen Teil des Kappschen Programms zu eigen, als er nach Fachministern schrie. Dies Wörtchen hat in der Oeffentlichkeit mancherlei Verwirrung angerichtet. Es klingt so selbstverständlich, daß jeder Minister für sein Amt fachmännisch vorgebildet sein muß. In Wirklichkeit wird das in keinem Kabinett der Welt durchführbar sein, denn die Leitung der Ministerien ist in erster Linie eine politische, in zweiter Linie erst eine fachmännische Angelegenheit. Der Chef eines Ministeriums kann sich mit Fachleuten seines Ressorts umgeben, er kann sich über Aufgaben und Notwendigkeiten seines Ressorts von seinen Räten Vortrag und Aufklärung geben lassen, aber er kann sich nicht einen Stab Politiker halten, die die politischen Zusammenhänge seines Faches in Parlament und Oeffentlichkeit betreuen. Das muß er selber machen.

Bei gewissen Ministerien wie Kultus und Justiz ist Politiker und Fachmann in einer Person meist leicht zu finden und diese Verbindung von Politiker und Fachmann ist natürlich immer das Ideal. Aber in allen Fällen ist das Ideal durchaus nicht zu erreichen. So war es auch unterm alten Regime. Auch da waren die Minister durchaus nicht in allen Fällen Fachleute. Aber damals benannten sich die Deutschnationalen und Volksparteiler noch Konservative und Nationalliberale, die gegen die nichtfachmännische Besetzung der Aemter, wie sie der Monarchismus durch absolutistische Ernennung beliebte, nichts einzuwenden hatten, weil die Konservativen und Nationalliberalen an der Macht saßen und die Ernannten aus ihren Reihen stammten. In Ländern mit jahrhundertelanger parlamentarischer Politik und Kultur, wie in Frankreich und England, gilt es als selbstverständlich, daß der Minister in erster Linie Politiker zu sein hat, und die Sieger des Weltkrieges, Wilson, Lloyd George und Clemenceau sind keine „Fachminister" im Sinne der deutschen Rechtsparteien. Aufgabe der parlamentarischen Praxis, die in Deutschland noch jung ist, wird es sein, in den Parteien Politiker heranzuschulen, die imstande sind, die Fäden der Verwaltung eines Ministeriums in die Hand zu nehmen und nach dem Willen der Parlamente zu leiten. Das Geschrei nach Fachministern aber ist nichts als reaktionäre Bauernfängerei!

Zieht man in Betracht, daß auch die Forderung nach Neuwahlen überflüssig ist, weil die Nationalversammlung nach Erledigung des Steuerwerkes ohnehin auseinandergehen wird, so bleibt vom Programm der Berliner Abenteurer nichts, was sich zu diskutieren verlohnte. Von den Kapp und Komp. benachbarten Kreisen wird versucht werden, dies oder jenes Zugeständnis unter Ausnützung der verwirrten Lage herauszuschinden. Demgegenüber muß die Sozialdemokratie festhalten an der Forderung, daß den offenen und versteckten Staatsstreichlern auch nicht um Haaresbreite nachgegeben werden darf. Reichskanzler Bauer hat am Schlusse seiner Rede ein Gesetz angekündigt, das harte Strafen für Aufrührer vorsieht, u. a. Vermögenskonfiskation. Wir wissen nicht, ob dieses Gesetz auch rückwirkend für die Berliner Aufrührer sein soll, aber wir hoffen, Bauers Ankündigung bedeutet mindestens, daß Kapp und Genossen für ihr verbrecherisches Spiel mit dem Leben von Tausenden die härteste Auslegung der Gesetze erfahren sollen. Der Oberreichsanwalt ist bereits beauftragt, das Verfahren einzuleiten. Gegen Lüttwitz liegt ein besonderer Tatbestand vor. Er hat Anordnungen erlassen, wonach alle, die gegen die Berliner Diktatoren „hetzen", erschossen werden sollten. Das richtete sich in erster Linie gegen die sozialistischen Führer. Hier liegt Aufreizung zum Mord vor, und das muß entsprechend geahndet werden.

Die Abrechnung mit den Staatsstreichlern macht das Zusammenhalten aller freiheitlichen Schichten dringend nötig. Die Demokratie und die Republik haben eine Schlacht gewonnen, aber der Kampf ist noch nicht zu Ende. Vor allem muß die Revolutionsspielerei ein Ende finden, die von kommunistischen Elementen in den ersten Tagen der Abwehr begonnen wurde und in einigen Gegenden noch immer fortgesetzt wird. Es zeugt nicht nur von entsetzlichster Verantwortungslosigkeit, sondern auch von furchtbarem politischen Dilettantismus, wenn bewaffnete Kommunistenhaufen ihrer Sache dadurch zu dienen glauben, daß sie diese oder jene Stadt, dieses oder jenes Provinznest in ihre Gewalt bringen. Sie nutzen dadurch weder sich noch der Arbeiterschaft, sondern nur der Reaktion, die den linksradikalen Putschismus der gesamten Arbeiterbewegung aufs Konto schreibt.

Was soll jetzt der bewaffnete Kommunistenrummel? Der Berliner Staatsstreich hat unzweideutig gelehrt, daß das Volk sich die Herrschaft einer Minderheit nicht gefallen läßt. Der Widerstand dagegen flackerte so mächtig auf, daß gerade den Linksradikalen klar sein müßte, welchen Widerstand ein Volk entwickeln kann, wenn es sich vom Terror vergewaltigt glaubt. Es gibt in Deutschland keine sozialistische Partei, die die Staatsmacht allein in die Hand nehmen und aus eigener Kraft in der Hand behalten könnte. Vielleicht wäre dies denkbar bei Zusammenfassung aller sozialistischen Kräfte! Vielleicht — und dies auch nur dann, wenn linksgerichtete bürgerliche Schichten mit einer rein sozialistischen Herrschaft sympathisierten.

Wie die Zeichen beweisen, haben die Unabhängigen und auch ein Teil der Kommunisten diese eindringlichen Lehren aus dem künftigen Kampf gezogen. Aber es scheint, daß sowohl die Unabhängigen und der einsichtigere Teil der Kommunisten ihre Anhänger oder das, was sich Anhänger nennt, nicht überall in wünschenswertem Maße in der Hand haben. So in Leipzig und in kleineren Orten der Provinz, wo die Revolutionsspielerei weitergeht, trotzdem ein Teil der Linksradikalen die Unsinnigkeit des gefährlichen Spieles einsieht. Die Sozialdemokratie dagegen kann von sich sagen, daß ihre Anhänger auch in diesen schweren Tagen bis auf den letzten Mann ihre Disziplin und politische Einsicht bewiesen haben, die ein Ergebnis jahrzehntelanger sozialistischer Schulung ist.

Den Toten der Revolution

Heute und die folgenden Tage werden in Dresden die Opfer der Revolutionskämpfe zur letzten Ruhe bestattet. Mögen Ursachen und Beweggründe, unter denen sie ihr Leben lassen mußten, der verschiedensten Art sein, an ihren Bahren bringen wir nur Gefühle tiefsten Schmerzes für sie und ihre trauernden Angehörigen zum Ausdruck. Letzten Endes sind sie alle auf die Straße getreten, für des Volkes Recht und Freiheit zu stehen und sich gegen die wahnsinnigen Verbrechen der deutschnationalen Gegenrevolutionäre und ihres Anhanges im Reiche und im Lande zu wenden.

Mit dem Gelöbnis, in unerschütterlicher Treue und eiserner Entschlossenheit zur Sache des Volkes auch in der kommenden Zeit zu stehen, rufen wir den Toten der Revolution den letzten Scheidegruß ins Grab.

Ihr Andenken wird der Dresdner Arbeiterschaft heilig sein.

Der Bezirksvorstand der Sozialdemokratischen Partei Dresden.

Freche Verschleierungsversuche

Stuttgart, 18. März. In Berlin wird die Meldung verbreitet, **daß Kapp im Interesse des inneren Friedens zurückgetreten sei,** Lüttwitz auf seinen Antrag vom Reichspräsidenten seinen Abschied erhalten habe und die Führer der Mehrheitsparteien mit der Volkspartei und der Deutschnationalen Partei über **drei Punkte, die die Vornahme von Neuwahlen im Juni, die Wahl des Reichspräsidenten durch das Volk und die Umbildung des Kabinetts betreffen, verhandeln. Diese Meldung ist unrichtig.** Die Führer der Mehrheitsparteien, die sich fast ausnahmslos in Stuttgart befinden, stehen ebenso wie die Reichsregierung **mit aller Entschiedenheit auf dem Standpunkte, daß von einer Einigung irgendwelcher Art mit den Staatsstreichlern keine Rede sein kann.** Dieser Standpunkt der Reichsregierung ist in den letzten Tagen wiederholt den Staatsstreichlern in Berlin, den zurückgebliebenen Regierungsmitgliedern und der Oeffentlichkeit bekanntgemacht worden. **Alle entgegenstehenden Meldungen sind Lüge zu dem Zwecke, den völligen Zusammenbruch des verbrecherischen Unternehmens zu verschleiern. Insbesondere hat die Reichsregierung** es immer abgelehnt, unter dem Drucke der Meuterer irgendeine Erklärung abzugeben oder eine Entschließung zu fassen.

•

Auch eine Erklärung der Deutschnationalen Parteileitung sucht die Wahrheit zu verschleiern, indem sie so tut, als ob der Rücktritt Kapps auf Verhandlungen zurückzuführen sei. Es wird gemeldet:

Berlin, 18. März. Die Parteileitung der Deutschnationalen Volkspartei erläßt eine Erklärung, in der die Verantwortung für die jüngsten Ereignisse den Mehrheitsparteien und der aus ihrer Mitte gewählten Regierung zugeschoben wird, und in der es weiter heißt: Die Politik der Deutschnationalen Volkspartei ist stets von dem Grundsatz geleitet worden, daß eine Hebung unserer politischen Zustände nur auf verfassungsmäßigem Wege erfolgen könne. Dadurch ist unsere Stellungnahme zur Regierung Bauer wie zu den Vorgängen vom 13. März klar gegeben. Nachdem die Ereignisse des 13. März eingetreten waren, hielten wir es demgemäß für unsere Aufgabe, dafür zu sorgen, daß wieder verfassungsmäßige Zustände herbeigeführt, daß gegen den sein Haupt erhebenden Bolschewismus die Einheitsfront hergestellt und daß die Wahlen zum Reichstage und die Wahl des Reichspräsidenten alsbald vollzogen würden. In Verhandlungen, um deren Förderung unsere Partei unausgesetzt bemüht war, ist dieses Ziel erreicht und schweres Unheil vermieden worden. Die verfassungsmäßige Bahn für die Verwirklichung unserer Ziele ist frei. Auf ihr wird die Deutschnationale Volkspartei marschieren.

Blutige Zusammenstöße in Berlin

Berlin, 19. März. Im Laufe des gestrigen Tages kam es an verschiedenen Stellen der Stadt zu blutigen Zusammenstößen zwischen den Sicherheitstruppen und erregten Volksmassen. Um 1 Uhr mittags kam es am Hermannplatz beim Forträumen von Barrikaden zu einem Zusammenstoß zwischen der Sicherheitspolizei und der erregten Volksmenge, in dessen Verlauf eine Person getötet und eine verwundet wurde. Die Sicherheitspolizei hatte keine Verluste. Zur selben Zeit wurde am Kottbuser Tor ein Offizier der Technischen Nothilfe von einer tausendköpfigen Menge bedrängt. Reichswehrsoldaten, die dem Offizier zu Hilfe eilen wollten, wurden angegriffen und mißhandelt. Eine Streife der Sicherheitspolizei griff ein und gab eine Salve ab, da die Menge den Platz nicht räumen wollte; 15 Personen wurden getötet und etwa 20 verwundet. Auch vor dem Hotel Adlon kam es zu einem Zwischenfall. Als dort Truppen vorbeimarschierten, wurde von zwei schwedischen Damen, die auf dem Balkon standen, den Truppen mit weißen Tüchern zugewinkt. Die am Hotel angesammelte Menge glaubte in diesem Tücherwinken eine bestimmte Absicht zu sehen und stürmte das Hotel, um dasselbe zu demolieren. Indessen machten die Truppen von ihrer Waffe Gebrauch. Durch Maschinengewehrfeuer wurden im Vestibül des Hotels zwei Personen getötet und etwa zehn verwundet. Zu einem schweren blutigen Zusammenstoß kam es nachmittags 5 Uhr in Charlottenburg. In der Lohmeier-Straße versuchte die Menge eine Abteilung Lüttwitztruppen, die in Panzerautos in die Berliner Straße hineinfuhren, zur Uebergabe der Waffen zu veranlassen und machte Anstalten, mit Gewalt vorzugehen. Indessen wehrten sich die Lüttwitz-Truppen und warfen mehrere Handgranaten in die Menge. Es wurden über 50 Personen meist schwer verwundet und mehr als zehn Personen getötet. Ein Offizier der Lüttwitz-Truppen soll ebenfalls getötet worden sein. Die Verwundeten wurden in das Krankenhaus Westend übergeführt.

In Schöneberg versuchte eine riesige Volksmenge die im Schöneberger Rathaus stationierten Offiziere der Tiergarten-Kompanie des Schutzregiments Groß-Berlin zu entwaffnen. Die bedrängten Offiziere riefen die Sicherheitspolizei herbei. In den stattfindenden Verhandlungen mit der Volksmenge kam es zu einer Einigung. Die Offiziere gaben die Waffen ab und bestiegen unter dem Schutz der Polizei ein Lastauto. Die aufgeregte Menge folgte dem Auto, brachte es zum Stehen und schlug die Offiziere nieder, nachdem sie vom Auto heruntergezerrt worden waren. Die Zahl der Toten steht noch nicht fest, doch muß damit gerechnet werden, daß sämtliche Offiziere, 12 bis 15 Mann, der Wut der Menge zum Opfer gefallen sind. Später wurde der Platz von einem Aufgebot der Sicherheitswehr und zwei Panzerautos gesäubert. Um 10 Uhr abends wurde die Ordnung wieder hergestellt. Auch sonst ist es am Stettiner Bahnhof und in Weißensee zu Zwischenfällen gekommen, die aber einen ernsteren Charakter nicht angenommen haben. Einer bisher unbestätigten Nachricht zufolge ist der Schlesische Bahnhof von Kommunisten besetzt worden.

•

Der Abzug der Marinebrigade

Berlin, 18. März. Die auf dem Wilhelmsplatz und Umgebung seit dem Putschversuch aufgestellte Marinebrigade sammelte sich nachmittags, um durch das Brandenburger Tor nach Döberitz abzuziehen. Bei dem Aufmarsch der Truppen nahm die unter den Linden angesammelte Menge in der Gegend des Hotels Adlon eine drohende Haltung an und rief Schimpfworte aus. Als Schießbereitschaft kommandiert wurde, ergriff die Massen eine Panik. Alles flüchtete in die eisernen Häuser. In diesem Augenblick fielen mehrere Schüsse, wodurch zwei Personen schwer verletzt wurden. Als ein großer Teil der Truppen das Brandenburger Tor bereits erreicht hatte, drängte die Menge aufs neue nach, worauf vom Brandenburger Tor aus eine Maschinengewehrsalve erfolgte. Dabei wurde eine größere Zahl von Personen schwer verletzt.

Nach einem weiteren Berichte soll es an der Siegesallee noch einmal zu einem Zusammenstoß der abziehenden Marinebrigade und der Menge gekommen sein, aus der angeblich eine Handgranate auf die Truppen geworfen wurde. Um 5½ Uhr abends war wieder völlige Ruhe eingetreten.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19200319/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG